SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ostdeutsche Parlamentarier in ihrer ersten Wahlperiode: Wandel und Angleichung

Patzelt, Werner J.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Patzelt, W. J. (1997). Ostdeutsche Parlamentarier in ihrer ersten Wahlperiode: Wandel und Angleichung. *Historical Social Research*, *22*(3/4), 160-180. https://doi.org/10.12759/hsr.22.1997.3/4.160-180

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-291548

Historical Social Research, Vol. 22 — 1997 — No. 3/4, 160-180

Ostdeutsche Parlamentarier in ihrer ersten Wahlperiode: Wandel und Angleichung

Werner J. Patzelt*

Abstract: Based on 1991/92 and 1994 surveys of parliamentarians, this article analyzes role changes of East German MPs during the first years of the newly established parliamentarism in the "New Laender". As a point of departure, significant differences between East and West German parliamentarians in 1991/92 are explored in terms of biographical and socializational background, role orientations and role behavior as MPs, and in terms of the parliamentarians' linkages with civil society (grassroots networking efforts). Secondly, changes in these variables that occurred until 1994 are analyzed. In conclusion, the pattern of differences between East and West German MPs in 1994 reveals that East German MPs developed the same roles that had long been known from West German MPs. To be sure, this development did not simply reflect a process of role adaptation on the part of the MPs but was due to the functional similarities of the political institutions that had been transferred from West to East Germany.

I. Fragestellung und Datenmaterial

Betrat mit der neuen politischen Elite Ostdeutschlands ein neuer Typ von Abgeordneten die parlamentarische Bühne? Oder mußten nur anders sozialisierte Persönlichkeiten in außergewöhnlichen Umständen ein Amt antreten, dessen Ausübung solange von westdeutschen Mustern abwich, wie ein anders geprägtes Amtsverständnis 'von innen' und andere Rahmenbedingungen 'von außen' Differenzen begründeten? Entstand in den neuen Bundesländern, wie es 1990 manchem Wunsch entsprach, eine besondere Art von Parlamentarismus, oder eine - anderen Umständen gemäß abgewandelte - Variante des westdeutschen Parlamentarismus?

*** Address all Communications to Werner J. Patzelt, Institut für Politikwissenschaft, TU Dresden, D-01062 Dresden, e-mail: patzelt@spwnwl.phil.tu-dresden.de.**

Diese Fragen können anhand von Untersuchungen beantwortet werden, die der Verfasser 1991/92 und 1994 durchführte. 1991/92, also kurz nach Amtsantritt der ersten Generation ostdeutscher Parlamentarier, wurden sie alle schriftlich befragt (Rücklaufquote 43,5%; n=403; darunter 72 Parlamentarier aus Westberlin und 16, die aus Westdeutschland stammen).[1] Im Frühjahr 1994, also kurz vor dem Ende der ersten Wahlperiode, folgte im Zusammenhang einer gesamtdeutschen Abgeordnetenstudie eine Zweitbefragung.[2] Die Rücklaufquote betrug 1994 bundesweit 33% (n=856), worunter sich 208 Abgeordnete aus Ostdeutschland befanden.[3] Leitgedanke der Forschungsprojekte von 1991/92 und 1994 war hinsichtlich der neuen Bundesländer, durch eine Analyse von Amtsverständnis, Amtsführung und gesellschaftlicher Vernetzung der Abgeordneten den Aufbau parlamentarischer Demokratie nachzuzeichnen und dabei festzustellen, welche Wandlungen und welche Angleichungsprozesse es zwischen den neuen und den alten Bundesländern gab.

Zu diesem Zweck werden zunächst die zentralen Unterschiede betrachtet, die sich 1991/92 zwischen Ost- und Westparlamentariern auffinden ließen. Sodann ist festzustellen, welche signifikanten Abweichungen es zwischen den 1991/92 bzw. 1994 erteilten Antworten der ostdeutschen Abgeordneten gibt. Drittens ist das Profil der noch 1994 bestehenden Ost/West-Unterschiede zu umreißen. Auf

---

[1] **Diese insgesamt 88 Abgeordneten werden im folgenden als "Westabgeordnete' den 315 'Ostparlamentariern' gegenübergestellt. Mit einer Zufallsstichprobe von 211 Abgeordneten aus den neuen Bundesländern wurden 1991/92 zusätzlich semistrukturierte Interviews durchgeführt. Zu allen methodischen Einzelheiten und zu den zentralen Ergebnissen siehe die folgenden Publikationen: Patzelt, Werner J., Legislators of new parliaments: The case of East Germany, in: Lawrence D. Longley (Hrsg.), Working Papers on Comparative Legislative Studies, Appleton 1994, S. 15-33; leicht verändert auch in: Attila Agh (Hrsg.), The Emergence of East Central European Parliaments: The First Steps, Budapest 1994, S. 108-121; ders., Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews, Umfragen, Analysen. Mit einem Vorwort von Rita Süssmuth, Berlin 1995; ders., Die gesellschaftliche Vernetzung ostdeutscher Parlamentarier, in: Historical Social Research / Historische Sozialforschung 20/4, 1995, S. 87-122; ders. (unter Mitarbeit von Roland Schirmer): Repräsentanten und Repräsentation in den neuen Bundesländern. Abschlußbericht, Dresden 1996; dies.: Parlamentarismusgründung in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B27/1996, S. 20-28.**

[2] **Wegen der Fülle der zu erhebenden Informationen wurde 1991/92 ein in drei Versionen, 1994 ein in vier Versionen entwickelter Fragebogen verwendet, wobei jede Version thematisch spezialisiert und einer systematischen Zufallsstichprobe von einem Drittel bzw. einem Viertel der befragten Abgeordneten zugewiesen war. Bei Fragen, die nur in jeweils einer einzigen Fragebogenversion enthalten waren, reduziert sich die den Ergebnissen zugrunde liegende Fallzahl somit auf ein Drittel bzw. ein Viertel des Rücklaufs.**

[3] **Zu den methodischen Einzelheiten und zentralen Ergebnissen siehe die folgenden Publikationen: Patzelt, Werner J., Deutschlands Abgeordnete. Profil eines Berufsstandes, der besser ist als sein Ruf, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27, 1996/3, S. 462-502; und ders., German MPs and Their Roles, in: Journal of Legislative Studies, 1997 (im Erscheinen).**

diese Weise läßt sich das Muster der Ost/West-Unterschiede am Beginn der ersten Wahlperiode ostdeutscher Parlamente mit jenem an deren Ende vergleichen, und erlaubt der Blick auf das Muster der ostdeutschen Wandlungsprozesse abzuschätzen, ob die Veränderungen angleichenden Charakters waren oder wohl dauerhafte Unterschiede begründen. Anhand beider Befunde kann geklärt werden, ob die Eigentümlichkeiten ostdeutscher Parlamentarier einen eigenen 'Abgeordnetentyp', gar einen besonderen Typ von Parlamentarismus konstituieren oder bloß vorübergehender Natur sein werden.*

II. Unterschiede zwischen Ost- und Westparlamentariem 1991/92

Welche besonderen Merkmale wies die erste Generation der ostdeutschen Abgeordneten im Vergleich mit westdeutschen Parlamentariern auf? Um dies herauszufinden, wurden mehrfache Varianzanalysen mit allen einschlägigen Variablen aus der schriftlichen Befragung von 1991/92 durchgeführt.[5] Es zeigten sich nur bei etwa einem Viertel der 400 überprüften Variablen zumindest auf dem 10%-Niveau signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westparlamentariern;[6] auf dem 5%-Niveau gab es nur bei knapp jeder zehnten Variablen einen signifikanten Ost/West-Unterschied. Weil die drei Versionen des Fragebogens[7] darauf angelegt waren, das *gesamte* Spektrum des Amtsverständnis-

---

[4] **Im folgenden können nur die zentralen Ergebnisse mitgeteilt werden. Eine vollständige Darstellung findet sich in Patzelt (unter Mitarbeit von Schirmer), Repräsentanten und Repräsentation, a.a.O., S. 77-104.**

[5] **Als unabhängige Faktoren wurden berücksichtigt die Art des Parlaments (Landes- vs. Bundesparlament), der** Typ **des Mandats (Direkt- vs. Listenmandat), und die Herkunft des Befragten aus Ost- oder Westdeutschland bzw. Westberlin. Als Kovariaten wurden die soziographische Struktur des vertretenen Wahlkreises (Land/Stadt-Kontinuum) sowie das Alter der Abgeordneten berücksichtigt. Da ein hierarchischer Analyseansatz gewählt wurde, welcher die Effekte einer Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland bzw. Westberlin nach Ausschaltung aller übrigen Kovariaten- und Faktoreneffekte offenlegte, konnten auf diese Weise die wichtigsten 'Netto-Unterschiede' zwischen Ost- und Westparlamentariern aufgedeckt werden. Verbale Antworten auf offene Fragen wurden einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen; mit den so entstandenen numerischen Daten wurden sodann zweifache Varianzanalysen durchgeführt, bei denen die Parlamentszugehörigkeit sowie die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland die Faktoren waren. Die verfolgte varianzanalytische Strategie kann insgesamt als qualitativ-heuristisch bezeichnet werden, weil es nicht darum ging, vorab formulierte Hypothesen zu überprüfen, sondern das Ziel darin bestand, Muster von Netto-Unterschieden in einer anhand theoretischer Überlegungen festgelegten Merkmalsmenge festzustellen.**

[6] **Das heißt, daß ca. 10 erfaßte Unterschiede rein zufällig als signifikant unterschiedlich identifiziert wurden. Da die Interpretation der Befunde nicht schematisch, sondern anhand von inhaltlich deutbaren Variablenkonfigurationen erfolgte, werden auf rein zufällige und darum nicht 'ins Bild passende' Befunde keine Aussagen gegründet.**

[7] **Siehe Anm. 2.**

ses, der Amtsausübung und der gesellschaftlichen Vernetzung von Parlamentariern abzudecken, stellt bereits dieser Befund ein wichtiges Ergebnis dar er belegt eine große *Ähnlichkeit* von ost- und westdeutschen Abgeordneten.

Dies überrascht zunächst da einerseits nach Biographie und politischer Sozialisation die ost- und westdeutschen Abgeordneten sehr unterschiedlich waren, und weil andererseits die ost- und westdeutschen Parlamentarier unter recht verschiedenen Handlungsumständen ihr Mandat auszuüben hatten. Es muß also von vornherein sehr starke und rasch vereinheitlichende Faktoren gegeben haben. Sie lassen sich auf die Formel von der 'angleichenden Funktionslogik' des in den alten und neuen Bundesländern ziernlich gleichartigen politischen Systems bringen. Das auf starke Parteien gegründete parlamentarische Regierungssystem erzeugt nämlich allenthalben dieselben Bedingungen rationalen Handelns, die ihrerseits angleichende Lerneffekte zeitigen. Trotzdem bestanden 1991/92 noch erhebliche Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Abgeordneten: es war schon etwas anderes, ob man mit oder ohne DDR-Sozialisation, in Westberlin oder in einem neuen Bundesland Parlamentarier war.[8]

1. Biographischer und sozialisatorischer Hintergrund

Ost- und Westparlamentarier unterscheiden sich sehr stark in ihren biographischen Merkmalen. Die ersteren, zwar mehrheitlich schon zum politisch aktiveren Teil der DDR-Bevölkerung zählend, kamen in die Parlamente mit viel weniger politischer Erfahrung und schrieben sich speziell kommunalpolitische Erfahrungen auch viel weniger zu als ihre West-Kollegen (3.2 vs. 2.4).[9] Dafür bekundeten sie größere Motivation, die Impulse des Systemumbruchs von 1989 weiterzutragen (1.6 vs. 2.3) und beim Aufbau ihres Bundeslandes mitzuwirken (1.6 vs. 2.1). Für ihre politische Aktivität bezahlten sie freilich mit einem Verlust an beruflicher und wirtschaftlicher Sicherheit außerhalb ihrer politischen Tätigkeit (2.8 vs. 1.5), zumal sie auch weniger als ihre Westberliner Kollegen, die einem Halbtagesparlament angehören, neben dem Mandat noch einen Beruf ausüben konnten (4.5 vs. 3.3). Im übrigen lehnten sie weniger stark die Behauptung ab, eine Tätigkeit als Parlamentarier liege ihnen nicht richtig

---

[8] **Daß der gewählte datenanalytische Ansatz geeignet war, die tatsächlichen Ost/West-Unterschiede aufzudecken, zeigt sich etwa im hoch signifikanten und ansonsten trivialen Befund, daß ostdeutsche Parlamentarier die wirtschaftliche Lage in ihren Wahlkreisen klar als schlechter beurteilten denn ihre Westkollegen: 3.8 vs. 2.8 (arithmetische Mittelwerte auf der Grundlage fünfstufiger Beurteilungsskalen).**

[9] **Wenn nicht anders angegeben, liegen den mitgeteilten arithmetischen Mittelwerten fünfstufige Beurteilungsskalen zugrunde, deren Polung sich aus dem Kontext ergibt. Die *hier* mitgeteilten Mittelwerte können wegen fehlender Fälle bei den in die Varianzanalyse einbezogenen Faktoren und Kovariaten von jenen Werten abweichen, die - auf der Grundlage *aller* verfügbaren Fallzahlen - in den anderen Publikationen aus diesem Projekt angegeben wurden.**

(4.1 vs. 4.6) und schrieben sich weniger als Motiv ihrer politischen Laufbahn die Empfindung zu, hierfür besonders gut geeignet zu sein (3.3 vs. 2.8). Auch die eigene Fähigkeit, Positionen überzeugend vertreten zu können, hielten sie vergleichsweise für schwächer ausgeprägt (2.2 vs. 1.8). Von ihrem biographischen und sozialisatorischen Hintergrund her waren die ost- und westdeutschen Abgeordneten also ziemlich verschieden.

2. Das Amtsverständnis

In ihrem Amtsverständnis betonten die ostdeutschen Abgeordneten viel stärker, sie fühlten sich als Vertreter der Bürger (1.8 vs. 2.3), der Wähler (2.0 vs. 2.4) und von nahestehenden Interessengruppen (3.1 vs. 3.6). Femer wollten sie Konflikte zwischen Wahlkreisinteressen und übergeordneten Interessen häufiger zugunsten des Wahlkreises entscheiden (3.4 vs. 3.9). Dies alles läßt sich auf die Formel von einer größeren Responsivitätsbereitschaft der ostdeutschen Abgeordneten bringen.[10] Ihr entspricht auch, daß die ostdeutschen Parlamentarier signifikant weniger der These zustimmten, ein Abgeordneter dürfe, falls er gute Gründe dafür habe, sich durchaus über die vorgebrachten Interessen und Anliegen der Bürger hinwegsetzen (1.9 vs. 1.6).

Solcher stärkeren Betonung von Responsivität korrespondiert eine gewisse Vernachlässigung der Aufgabe politischer Führung. Denn es befürworteten die Ostparlamentarier weniger stark die These, ein Abgeordneter habe auf die politische Willensbildung der Bürger Einfluß zu nehmen und um Unterstützung für jene Positionen zu werben, die er selbst für wichtig hält (2.8 vs. 2.2). Der komplementären Verschiebung im Verhältnis von Responsivität und Führung entsprechend, stuften sich die ostdeutschen Abgeordneten auch weniger klar als Inhaber eines 'freien Mandats' ein (2.2 vs. 1.8).

3. Unterschiede bei der Amtsführung

Der größeren *bekundeten* Responsivität ostdeutscher Abgeordneter entsprach auch größere bei der Amtsausübung *praktizierte* Responsivität. Denn ostdeutsche Abgeordnete nannten klar deutlicher als Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit die Vertretung der Interessen von Kommunen im Wahlkreis (2.5 vs. 3.1) sowie von wirtschaftlichen Interessen im Wahlkreis (2.5 vs. 3.2). Hierin spiegelt sich zweifellos der besondere Handlungsdruck der ostdeutschen Mandatsträger in der ersten, besonders unübersichtlichen Phase der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung.

---

[10] **Responsivität meint hier die Ansprechbarkeit, Empfänglichkeit, Anregbarkeit, Sensibilität, Antwortbereitschaft, Reagibilität, Reaktionsfähigkeit, Reaktionswilligkeit von Abgeordneten und Parlamenten.**

Folgenreich für die Amtsführung der ostdeutschen Abgeordneten war ferner, daß sie ganz wesentlich durch die Parlamentsarbeit geprägt wurde. Einesteils geht dies darauf zurück, daß die neuen Parlamente ihre Länder nun umfassend mit den nötigen Gesetzen auszustatten hatten. Andernteils entfaltete der noch unterentwickelte vorpolitische Raum des örtlichen Vereinswesens noch nicht jene Sogwirkung, der sich Abgeordnete der Altbundesländer bei ihrer Wahlkreisarbeit kaum entziehen könnten. Im übrigen waren sich die ostdeutschen Parlamentarier über den Stellenwert der Wahlkreisarbeit nicht im Klaren. Dies alles kommt darin zum Ausdruck, daß die ostdeutschen Abgeordneten - trotz stärker betonter *Bereitschaft,* Bürgervertreter zu sein - die Vertretung von Bürgerinteressen weniger stark als die Westparlamentarier ihren *tatsächlichen* Arbeitsschwerpunkt nannten (2.7 vs. 2.5) und dem Bürgerservice ebenso wie dem Wahlkreisservice einen geringeren Anteil ihrer Arbeitszeit widmeten als die Westparlamentarier (19% bzw. 24% vs. 22% bzw. 27%).

Als Hinweis auf eine praktische Vernachlässigung der Aufgabe politischer Führung mag zunächst scheinen, daß die ostdeutschen Abgeordneten politische Grundsatzarbeit, die Entwicklung von politischen Konzepten und deren Diskussion bzw. Umsetzung in der eigenen Partei, viel weniger ihren Schwerpunkt nannten, als es die Westparlamentarier taten (2.8 vs. 2.4). Dieser Befund wird aber ganz wesentlich darauf zurückgehen, daß in Ostdeutschland anfangs eher praktische als konzeptuelle Probleme zu lösen waren und die Zeit für programmatische Diskussionen schlechterdings fehlte.

Die zur Parlamentsarbeit gehörende Aufgabe der Regierungskontrolle gewichteten die ostdeutschen Abgeordneten geringer (1.9 vs. 1.5), vielleicht in der Tradition der 'Runden Tische', die auf Kooperation und Kompromißbildung anstelle von Wettbewerb und Konflikt setzten. Und möglicherweise weil sie, wiederum in deren Tradition, den Einfluß der Opposition auf ihr Parlament für größer hielten als die Westabgeordneten (2.9 vs. 3.4), erachteten ostdeutsche Abgeordnete die Stärkung parlamentarischer Opposition nicht im gleichen Ausmaß wie ihre Westkollegen als wichtig (2.4 vs. 2.2).

Im übrigen unterschied sich das Zeitbudget der ostdeutschen Mandatsträger in den Parlamentswochen nur geringfügig von dem der Westabgeordneten. Bezüglich von Wahlkreiswochen gab es vor allem jenen Unterschied, daß ostdeutsche Abgeordneten mehr Zeit auf ihr Privat- und Familienleben verwandten als Westparlamentarier (14 vs. 11 Wochenstunden): sie waren noch nicht im gleichen Ausmaß ßer«/spolitiker, welche die Familie der politischen Aufgabe weitestgehend nachordnen. Und obschon die ostdeutschen Abgeordneten wegen des noch nicht recht entwickelten vorpolitischen Raums ihrer Wahlkreise sicher nicht stärker mit 'Repräsentationspflichten' belastet waren als ihre Westkollegen, beklagten sie sich mehr über zu viele Repräsentationspflichten (3.4 vs. 3.6). Auch hier kommen klare Unterschiede im Rollenverständnis zum Vorschein: noch wurde nicht akzeptiert, daß die öffentliche Ausübung des Parlamentsmandats das Privatleben auf ein Minimum reduziert.

4. Unterschiede bei der gesellschaftlichen Vernetzung

Für die ostdeutschen Abgeordnete hatte die Bindegliedfunktion eines Parlamentariers auf der Ebene des Amtsverständnisses (2.1 vs. 1.7) sowie, vor allem, auf jener der Amtsausübung eine geringere Bedeutung als für ihre Westkollegen. Ursache war nicht etwa eine geringere *Bereitschaft,* für die Bevölkerung zur Verfügung zu stehen. Vielmehr ging dies einerseits auf die - von den Umständen auch aufgezwungene - Schwerpunktsetzung im Bereich der Parlamentsarbeit zurück. Das zeigt sich vor allem in der klar größeren Klage der ostdeutschen Mandatsträger, sie hätten wegen der Parlamentsarbeit zu wenig Zeit für die Wahlkreisarbeit (2.3 vs. 3.0). Andererseits machte ihnen das Fehlen eines durchorganisierten vorpolitischen Raums jenes vielfältige *networking* auf Wahlkreisebene schwerer, das unter den westdeutschen Mandatsträgern einen so großen Stellenwert besitzt. Bürgerinitiativen, in Ostdeutschland noch weniger präsent, traten etwa an Ostabgeordnete weniger intensiv von sich aus heran, als es die Westparlamentarier berichteten (3.4 vs. 2.5). Kommunalpolitiker taten dies hingegen deutlich intensiver (2.7 vs. 3.4). Ursache für diesen gegenläufigen Effekt sind sicher Unterschiede in den gesellschaftlichen Vemetzungsstrukturen selbst vorhandene Institutionen - wie die Gemeindeverwaltungen - wurden rasch zu wichtigen Rollenpartnem, während die sich neu organisierende Gesellschaft den Abgeordneten erst allmählich dauerhafte Kontaktpartner anbot.[11]

Ostdeutsche Abgeordnete schrieben sich ferner persönliche Erreichbarkeit seitens der Bürger weniger stark zu (2.2 vs. 2.1) und waren insgesamt auch weniger zufrieden mit den Beziehungen, die sie zur Bevölkerung hatten (2.9 vs. 2.6). In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die Ostparlamentarier der These stärker zustimmten, sie hätten zu wenig Möglichkeiten, durch Informationen oder Stellungnahmen auf die Bürger einzuwirken (2.5 vs. 2.8). Umgekehrt meinten sie auch eher, die Bürger hätten zu wenig Kenntnisse vom Amt eines Abgeordneten (2.0 vs. 2.2).

5. Herangetragene Kommunikationsinhalte und Wünsche

Wünsche der Bürger nach Informationen über Gesetzgebung und Parlamentsarbeit waren für Ostparlamentarier häufiger Gegenstand ihrer Wahlkreiskommunikation als für Westabgeordnete (2.9 vs. 3.3), während die Äußerung von Kritik an der eigenen Partei (3.6 vs. 3.3) bzw. von Sympathie für die eigene politische Arbeit seltener vorkam (3.4 vs. 3.0). Ferner befanden sich unter den an ostdeutsche Abgeordnete herangetragenen Kommunikationsinhalten häufiger kulturelle Anliegen im Bereich Schule, Bildung und Freizeit

[11] **So begründete Unterschiede drücken sich auch darin aus, daß für ostdeutsche Abgeordnete das *persönliche* Umfeld eine wichtigere Quelle politischer Impulse war als für Westparlamentarier.**

(durchschnittlich 0.2 Nennungen vs. 0.1 Nennungen)[12] sowie allgemeine politische Anliegen (durchschnittlich 0.7 Nennungen vs. 0.4 Nennungen).[13]

6. Das Verhältnis zu Interessengruppen

Verbände bzw. Vereine waren für die ostdeutschen Abgeordneten klar wichtigere Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit (Nennungen von durchschnittlich 6 vs. 2 Verbänden) sowie bei der Wahlkreisarbeit (Nennungen von durchschnittlich 8 vs. 4 Verbänden oder Vereinen).[14] Solcher faktischen Wichtigkeit von Verbänden entsprach auch die Einstellung der Parlamentarier zu ihnen: deutlich standen die ostdeutschen Abgeordneten den Interessengruppen und ihrer politischen Rolle aufgeschlossener gegenüber als westdeutsche Parlamentarier. Sie stimmten auch weniger stark der Behauptung zu, der Einfluß von Verbänden müsse zurückgedrängt werden (3.9 vs. 3.4). Das wird allerdings nicht zuletzt daran liegen, daß Anliegen von Verbänden noch etwas weniger häufig ein Inhalt der Wahlkreiskommunikation waren (2.5 vs. 2.4), Verbände also noch nicht im selben Grad wie in den Altbundesländern 'unbequem' wurden.

7. Das Verhältnis zur eigenen Partei

Wesentlich mehr Ost- als Westparlamentarier übten keinerlei Parteifunktionen aus (23% vs. 10%), wobei ostdeutsche Abgeordnete vor allem auf der Ortsebene ihrer Parteien deutlich weniger in Führungsaufgaben eingebunden waren (13% vs. 20%).[15] Ansonsten hielten die ostdeutschen Abgeordneten vor allem ihre Fraktionen für besser über ihre politische Arbeit informiert als dies bei den westdeutschen Mandatsträgern der Fall war (2.0 vs. 2.1). Dies wird wohl auf die Schwerpunktsetzung der Ostabgeordneten im Bereich der Parlamentsarbeit sowie darauf zurückgehen, daß 1991/92 die Fraktionen die wichtigsten Kommunikations- und Entscheidungszentren der Parteien darstellten.

---

[12] **Dies und der folgende Befund sind Ergebnisse einer zweifachen Varianzanalyse der Befunde quantitativer Inhaltsanalysen von frei formulierten Antworten auf offene Fragen.**

[13] **Auch wo Bitten um eher *symbolische* Unterstützung an Abgeordnete herangetragen werden, ging es bei den ostdeutschen Parlamentariern signifikant häufiger um Unterstützung bei allgemeinen politischen Fragen, etwa um Vergangenheitsbewältigung oder kommunale Probleme; auf sie entfielen durchschnittlich 0.3 vs. 0.1 Nennungen.**

[14] **Dies sind Ergebnisse einer zweifachen Varianzanalyse der Befunde quantitativer Inhaltsanalysen von frei formulierten Antworten auf offene Fragen. Eine derzeit durchgeführte vergleichende Netzwerkanalyse zur gesellschaftlichen Verankerung von sächsischen und hessischen Abgeordneten legt femer die Deutung nahe, daß in den noch unterentwickelten ostdeutschen Vernetzungsstrukturen die verfügbaren Kontaktpartner viel individueller wahrgenommen werden als im Westen. Dort verweisen Abgeordnete eher global auf Organisationen und Personengruppen.**

[15] **Ergebnis zweifacher Varianzanalysen der Befunde quantitativer Inhaltsanalysen von frei formulierten Antworten auf offene Fragen.**

Die Grundorganisationen der eigenen Partei waren, nach den Auskünften der ostdeutschen Parlamentarier, denn auch schlechter über deren politische Arbeit informiert, als dies die Westabgeordneten für sich berichteten (2.3 vs. 2.0). Diese letzteren betonten überdies stärker als Aufgabe eines Abgeordneten, in seiner Partei Einfluß und Führung auszuüben (2.5 vs. 2.0). Dergestalt wird die organisatorische Schwäche des ostdeutschen Parteiensystems, dessen 'Mandatslastigkeit' und die - zumindest im Erhebungszeitraum gegebene - allzu lockere Bindung zwischen Abgeordneten und Parteibasis kenntlich.

8. Öffentlichkeitsarbeit

Wesentliche Unterschiede fanden sich ferner im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Ostdeutsche Abgeordnete betonten klar weniger die Bedeutung der Aufgabe, im eigenen Wahlkreis öffentliche Sichtbarkeit zu gewinnen (2.6 vs. 1.9), erachteten Kontakte mit Journalisten als weniger wichtig für die parlamentarische Arbeit (2.5 vs. 2.1) und verbrachten auch in Parlamentswochen weniger Zeit im Umgang mit Pressejournalisten (0.4 vs. 0.7 Wochenstunden). Auch waren ihnen die Medien ein seltener genanntes Mittel, um auf die Öffentlichkeit ihrer Wahlkreise einzuwirken (durchschnittlich 0.8 Nennungen von Medien vs. 1.2 Nennungen auf eine entsprechende Frage).[16] Hier läßt sich ein gewisser Mangel an Professionalität nicht verkennen.

9. Infrastruktur und Gehalt

Ostdeutsche Abgeordnete kritisierten weniger, ihr Gehalt sei im Vergleich zur erbrachten Leistung zu gering (3.7 vs. 2.4) und sie hätten zu wenige Mitarbeiter (2.9 vs. 2.0), obschon sie zu solchen Klagen doch objektiv viel mehr Anlaß hatten. Der Grund dafür liegt zweifellos in verschiedenen Erwartungen und Maßstäben von Ost- und Westparlamentariem.

10. Perzeptionen

Die ostdeutschen Abgeordneten hielten stärker das Ansehen der führenden Personen ihrer Partei (2.1 vs. 2.3) sowie das Profil des Kandidaten (2.8 vs. 3.3) für wahlentscheidend, als es ihre westdeutschen Kollegen taten. Zum zweitgenannten Befund paßt auch, daß sie eher glaubten, die Bürger sähen in einem Abgeordneten vor allem eine individuelle Persönlichkeit, einen Mitbürger, der besondere Aufgaben erfüllt (2.8 vs. 3.4). In dieser Vorstellung spiegelt sich einmal mehr die Besonderheit des persönlichen Rekrutierungsprozesses der befragten Mandatsträger.

---

[16] **Auch das ist ein Ergebnis einer zweifachen Varianzanalyse der Befunde quantitativer Inhaltsanalysen von frei formulierten Antworten auf eine entsprechende offene Frage.**

Diese Unterschiede bilden ein klares Muster.[17] Die ostdeutschen Abgeordneten waren weniger erfahren und fühlten sich weniger für Politik geeignet, empfanden aber eine stärkere, den historischen Umständen geschuldete Motivation für ihre politische Tätigkeit. Wohl in Wendung gegen ihre persönlichen Erfahrungen mit dem System der DDR stellten sie ihre Führungsaufgabe hintan und betonten normativ wie faktisch ihre Bereitschaft zu praktizierter Responsivität. Ihren Arbeitsschwerpunkt mußten und wollten sie dabei aber auf die Parlamentsarbeit legen, vor allem auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Gesetzgebung.

Der Wahlkreisarbeit stellten sie sich nicht mit derselben Bereitschaft wie Westparlamentarier. Auch war ihre Öffentlichkeitsarbeit nicht sehr engagiert und wenig professionell. Sie hatten auch geringere Gelegenheit, sich mit dem noch im Entstehen begriffenen vorpolitischen Raum der ostdeutschen Gesellschaft zu verflechten. Statt dessen waren Kommunen und Interessengruppen, also schon bestehende oder rasch neu gebildete Organisationen, ihre bedeutendsten Rollenpartner. Die eigene Partei war trotz ihres wenig befriedigenden Zustandes ein sehr wichtiger Teil ihres gesellschaftlichen Netzwerks, das Verhältnis zu ihr aber viel weniger eng als das von Westabgeordneten. Ihr für die Abgeordneten wichtigstes Gremium war die eigene Parlamentsfraktion. Hierin drückt sich die ganz andere Rekrutierung der ostdeutschen Abgeordneten in Verbindung mit ihrer damals nötigen Schwerpunktsetzung auf der Parlamentsarbeit aus.[18]

Insgesamt zeigt sich in den Angaben der ostdeutschen Abgeordneten ein markanter Widerspruch. Denn obwohl sie den Bürgern sehr nahe sein wollten, waren sie ihnen faktisch femer, als es die westdeutschen Parlamentarier sind. Offenbar zwangen die Umstände der Mandatsausübung dazu, hinter angestrebten Zielen zurückzubleiben. Dergestalt zeigt sich, daß 1991/92 das neu errichtete politische System noch über der Gesellschaft der neuen Bundesländer schwebte, die Abgeordneten es aber mit ihr eng vernetzen wollten. All dies legte damals schon die Vermutung nahe, daß die festzustellenden Unterschiede vorübergehender Natur wären und eine Veränderung des gesamtdeutschen Parlamentarismus, angestoßen von den neuen ostdeutschen Abgeordneten, nicht zu erwarten sei.

---

[17] **In die folgende Interpretation fließen die Ergebnisse der umfangreichen, von Roland Schirmer ausgewerteten Interviewstudie ein; siehe Patzelt (unter Mitarbeit von Schirmer), Repräsentanten und Repräsentation, a.a.O.**

[18] **Auch die - wie hier nicht im einzelnen mitgeteilte Befunde zeigen - geringere Gewichtung der eigenen Partei in der Selbstdarstellung, ausgeglichen durch eine Überschätzung des persönlichen Profils, spiegelt diese atypischen Rahmenbedingungen.**

II. Wandlungsprozesse zwischen 1991 und 1994

Wie hat sich der neu begründete ostdeutsche Parlamentarismus in seinen ersten Jahren, im Lauf der ersten Wahlperiode verändert? Der varianzanalytische Vergleich von Aussagen ostdeutscher Parlamentarier in den schriftlichen Befragungen von 1991/92 bzw. 1994 bringt dies zutage. Abhängige Variablen waren die knapp 350 in *beiden* Untersuchungen erhobenen Merkmale des Amts- und Parlamentarismusverständnisses, der Amtsausübung, der gesellschaftlichen Vernetzung der Abgeordneten und ihres biographischen Hintergrunds: Als unabhängige Variablen dienten die Parlamentszugehörigkeit[19] sowie der Erhebungsszeitpunkt, also die Gegenüberstellung der Befunde von 1991/92 mit denen von 1994.[20] Bei gut 70 Variablen zeigte sich ein auf dem 5%-Niveau signifikanter Haupteffekt des Erhebungszeitpunktes. Somit erwies sich ein gutes Fünftel der erhobenen Merkmale als in beiden Erhebungen unterschiedlich. Jene Variablen machen die zentralen Wandlungsprozesse der ostdeutschen Parlamentarier und des ostdeutschen Parlamentarismus im Lauf seiner ersten Legislaturperiode sichtbar.[21]

---

[19] **Die beiden Datensätze weisen – aufgrund der durchgeführten Gewichtung - keine signifikanten Unterschiede in der prozentualen Verteilung nach Bundesland, Parteizugehörigkeit, Art des Mandats und Zugehörigkeit zum Regierungs- oder Oppositionslager auf. Nicht gewichtet wurde nach der Parlamentszugehörigkeit der Befragten, weswegen es hier zu Abweichungen zwischen beiden Datensätzen kam. Diese wurden durch das benutzte zweifaktorielle Modell der Varianzanalyse kontrolliert. Die berichteten 'Wandlungseffekte' gehen also nicht auf (verdeckte) 'Parlamentseffekte' zurück. *Nachrücker* wurden aus dieser Vergleichsanalyse ausgeschlossen, so daß die angegeben Werte nicht immer exakt denen entsprechen, die in anderen Publikationen aus diesem Projekt angegeben werden.**

[20] **Wo 1991/92 Angaben durch offene Fragen, 1994 aber durch Antwortvorgaben erhoben wurden, wurden die Ergebnisse quantitativer Inhaltsanalysen der Daten von 1991/92 interpretativ mit den ihnen kategorial entsprechenden Befunden von 1994 konfrontiert, doch keinen statistischen Tests unterzogen.**

[21] **Einige der aufgedeckten Unterschiede - ihrerseits inhaltlich trivial - zeigen, daß die im folgenden berichteten Ergebnisse keine Artefakte, sondern valide sind. Es handelt sich um Sachverhalte, von denen aus *externen* Quellen bekannnt ist, daß sich *wirklich* Veränderungen ergeben haben. Erstens waren die Befragten 1994 im Durchschnitt um knapp zweieinhalb Jahre älter (46.2 vs. 48.5 Jahre), was recht genau dem zeitlichen Abstand der beiden Befragungen entspricht. Zweitens hat sich die wirtschaftliche Lage in den meisten Wahlkreisen in den letzten Jahren objektiv gebessert, was in den Daten der Mittelwertanstieg der einschlägigen Variable von 3.8 auf 3.5 widerspiegelt. Drittens hat sich in Ostdeutschland seit 1991/92 auch die infrastrukturelle Ausstattung von Parlamenten, Fraktionen und und Abgeordneten deutlich verbessert, was sich im Mittelwertanstieg von allen drei ihre Beurteilung erfassenden Variablen ausdrückt. Und da es bei den Landesparlamentariern viel mehr aufzuholen galt, stieg bei ihnen die Zufriedenheit auch viel stärker an als bei den Bundestagsabgeordneten.**

1. Veränderungen im Amtsverständnis

Im Amtsverständnis der Abgeordneten hat - erstens - die 1991/92 so stark betonte Responsivitätsbereitschaft etwas abgenommen. Die durchschnittliche Zustimmung zur Aussage, ein Abgeordneter habe im Interesse der Repräsentierten zu handeln und auf deren Anliegen sensibel zu reagieren, sank von 2.1 auf 2.3. Ebenso sank die Zustimmung zur These, Aufgabe eines Abgeordneten sei die Vertretung von Anliegen und Interessen der Bürger im Parlament (3.1 vs. 3.4). Dasselbe gilt für die Funktion des Wähler- und Wahlkreisservice (2.3 vs. *2.5)*[22] und für die Aufgabe, sich umfassend über die Sichtweisen und Wünsche der Bevölkerung zu informieren (1.4 vs. 1.6). Trotzdem behält Responsivität im Amtsverständnis einen noch sehr großen Stellenwert.

Zweitens hat sich die Einschätzung einer Reihe von Merkmalen verändert, die für die Amtsführung eines Abgeordneten als bedeutsam gelten. Höher werden nun dem Mandat vorausliegende berufliche Erfahrungen bewertet (1.5 vs. 1.3), Erfahrungen aus vorangehender inhaltlicher Parteiarbeit (2.5 vs. 1.9) sowie die Fähigkeit, als Generalist zu wirken (2.5 vs. 1.9). Diese drei Dinge sind für einen - zumal auf persönliche Unabhängigkeit achtenden - Parlamentarier in der Tat sehr wichtig. Dergestalt drückt sich hier ein nunmehr besseres Verständnis für die wirklichen Anforderungen an den Abgeordnetenberuf aus.

Ähnliches mag für zwei andere Veränderungen gelten. Erstens gewichten die ostdeutschen Abgeordneten ihre persönliche politische Eignung als Motiv ihres Weges in die Politik nun stärker als früher (3.3 vs. 2.9). Vermutlich wird das Selbstbewußtsein politischen Könnens mit zunehmender praktischer Bewährung gestiegen sein, was eine biographische 'Retro-Projektion' bewirkt haben mag. Zweitens merkten die ostdeutschen Abgeordneten am Ende ihrer ersten Amtszeit, daß sie - trotz faktisch gestiegenen Diäten - für die von ihnen erbrachte Leistung wohl doch zu schlecht bezahlt werden: Klagen über ein zu geringes Einkommen nahmen zu (3.7 vs. 2.8). Der Vergleichsmaßstab 'DDR-Einkommen' bzw. 'Durchschnittseinkommen Ost' war offenbar verblaßt, und statt dessen dürften westdeutsche (Abgeordneten-)Einkünfte ebenso zum Bezugspunkt geworden sein wie die Gehälter sonstiger Eliten in Ostdeutschland und jene Einkommen, welche sich erzielen ließen, strengte man sich in der Wirtschaft ebenso an wie in der Politik.

2. Veränderungen in der Amtsführung

Die Veränderungen im Grundmuster der Amtsführung weisen sowohl auf persönliche Lernprozesse als auch auf veränderte Handlungsumstände hin. Im tatsächlichen Arbeitsprofil nahm die Mitwirkung der Abgeordneten an der Gesetzgebung als Arbeitsschwerpunkt klar zu (2.1 vs. 1.8), worin sich die erhebliche gesetzgeberische Belastung, besonders der Landesparlamentarier, in der

[22] **D.h.: sich für Anliegen von Bürgern, Gruppen und Kommunen einzusetzen.**

ersten Wahlperiode nach der Wiedervereinigung spiegelt. Die Vertretung der Anliegen von Interessengruppen nahm hingegen leicht ab (2.6 vs. 2.7). Hier drückt sich wohl ein Zurücktreten des Responsivitätsaspekts aus.

Auch die Parlamentsarbeit hat sich verändert. Der wöchentliche Zeitaufwand für FraktionsSitzungen hat klar von durchschnittlich 6.6 auf 5.3 Wbchenstunden abgenommen, was ein Hinweis auf die Effektivierung der Arbeit sein mag. Viele 'eigentlich unnötige' Debatten, die einst dem Zusammenfinden einander fremder Kollegen dienten, sind nun wohl entfallen. Desgleichen hat der wöchentliche Zeitaufwand für die Erledigung von Post (5.7 vs. 4.4 Stunden) und für die Lektüre von Akten und Vorlagen (6.3 vs. 4.9 Stunden) bzw. Zeitungen und Zeitschriften (5.0 vs. 4.0 Stunden) abgenommen. Dies mag zurückgehen auf rationellere Arbeit sowie auf eine größere Belastung durch nicht unmittelbar in der parlamentarischen Arena zu erledigende Aufgaben eines Abgeordneten, also zumal auf eine Intensivierung der Wahlkreisarbeit.

Denn tatsächlich ist klar die Zustimmung zur Aussage gestiegen, wegen der Wahlkreisarbeit habe man zu wenig Zeit für die Parlamentsarbeit (4.0 vs. 3.7), desgleichen die Klage über zu viele Repräsentationspflichten im Wahlkreis (3.4 vs. 3.0). Und dennoch hat sich nicht einfach eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse vollzogen, nahmen doch während der mit Wahlkreisarbeit verbrachten Wochen die Zeitbudgets sowohl für Sitzungen kommunaler Volksvertretungen (2.1 vs. 1.2 Stunden) als auch für gesellschaftliche Veranstaltungen im Wahlkreis klar ab (2.3 vs. 1.5 Stunden). Für derartige 'Repräsentationsveranstaltungen' im Wahlkreis, also etwa Feste und Einweihungen, die im westdeutschen Parlamentarismus so wichtig sind, haben ostdeutsche Abgeordnete immer noch zu wenig Zeit ihre Arbeitskraft wird durch das gesetzgeberische Pensum ihrer Parlamente und durch die Anforderungen der Parteiarbeit voll und ganz in Anspruch genommen. Entsprechende Schwerpunktsetzungen führten dann wohl auch zu einem Rückzug aus anfänglich mitlaufender kommunalpolitischer Betätigung.

3. Die Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit der Abgeordneten hat sich seit 1991/92 nicht vieles zum Besseren entwickelt. Zwar wird öffentliche Sichtbarkeit als Ziel entsprechender Anstrengungen eines Abgeordneten von den ostdeutschen Parlamentariern nun für wichtiger gehalten als früher (2.6 vs. 1.6). Sie schreiben sich solche öffentliche Sichtbarkeit nun auch mehr zu (2.6 vs. 2.3). Doch zugleich hat die Öffentlichkeitsarbeit im Arbeitsprofil an Stellenwert eingebüßt (2.6 vs. 2.8): Hintergrundgespräche mit Journalisten sind in der Praxis nun weniger wichtig (1.9 vs. 2.3), desgleichen Presseinterviews (1.7 vs. 2.3), Hörfunkinterviews (2.3 vs. 2.9) und Fernsehinterviews (2.1 vs. 3.0). Wahrscheinlich erfahren die Abgeordneten nun weniger Medienaufmerksamkeit als zu Beginn ihrer Tätigkeit ist doch der Reiz des Neuen verflogen. Dann freilich wäre es Auf-

gäbe der Parlamentarier, durch intensive Kontaktpflege mit Journalisten für Ausgleich zu sorgen. Offensichtlich geschieht das aber nicht.

Außerdem empfinden die Abgeordneten ihre Arbeit nun verzerrter dargestellt (2.7 vs. 3.1). Allerdings schätzen sie den Informationsstand nicht nur der Parteibasis über ihre politische Arbeit jetzt besser ein als früher (2.3 vs. 2.0), sondern auch den Informationsstand der politisch Interessierten (2.4 vs. 2.2) und der Bürger im Wahlkreis allgemein (3.5 vs. 3.3). Das wird mit zunehmender persönlicher Bekanntheit in den Wahlkreisen zusammenhängen. Anscheinend gaben sich die Abgeordneten mit dieser erfreulichen Entwicklung vorschnell zufrieden und vernachlässigten darum die Weiterentwicklung ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt zeichnet sich also noch keine Überwindung der Anfangsschwierigkeiten ab.

4. Veränderungen im Verhältnis zur eigenen Partei

Grundsätzlich wurde im Lauf der ersten Wahlperiode die Wichtigkeit parteipolitischer Erfahrungen immer besser erkannt. Das zeigt sich etwa darin, daß der dem Mandat vorausgehenden innerparteilichen Arbeit nun eine klar größere Bedeutung zugemessen wird als früher (2.5 vs. 1.9). Doch vor allem hat die Einbindung von Abgeordneten in ihre Parteien durch die Übernahme von Führungspositionen zugenommen:[23] mit Ausnahme von Führungsfunktionen auf Bundesebene lagen die Angaben der ostdeutschen Abgeordneten zu ausgeübten Parteifunktionen 1994 stets deutlich höher als 1991/92. Daß sich solch bessere innerparteiliche Verankerung der Ostabgeordneten in einer Zeit einstellte, in der die *Parlamentsaibeit* dominierte und den Abgeordneten nur die *wichtigsten* zusätzlichen Aufgaben sich aufzuladen erlaubte, unterstreicht die tatsächliche Bedeutung der Ausübung von Parteifunktionen. Genau wegen dieses funktionslogischen Zusammenhangs wurden die ostdeutschen Abgeordneten hierin ihren Westkollegen viel ähnlicher jetzt schon gibt es keinen Unterschied mehr hinsichtlich der Verankerung in Führungspositionen auf Kreis- und Bundesebene sowie bezüglich der Übernahme von Funktionen in den Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften der Parteien. In Ost- wie Westdeutschland übt nur mehr eine sehr kleine Minderheit von Parlamentariern überhaupt keine Parteifunktionen aus, während zwei Drittel bis drei Viertel territoriale Führungsfunktionen (davon über die Hälfte auf Kreisebene) innehaben und dergestalt dem - dennoch in ganz Deutschland populären - Leitbild einer *Trennung* von Parteiamt und parlamentarischem Mandat überhaupt nicht entsprechen.[24]

---

[23] Siehe hierzu die detaillierte Untersuchung in Patzelt, Gesellschaftliche Vernetzung, a.a.O., S. 92-98.

[24] Zu den hieraus resultierenden Legitimationsproblemen unseres parlamentarischen Systems siehe Patzelt, Werner J.: Das Volk und seine Vertreter - ein gestörtes Verhältnis. Warum Politiker und Wähler so wenig voneinander wissen und sich deshalb nur schwer verstehen, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 2 v. 3.1.1997, S. 10.

Insgesamt sind die ostdeutschen Parlamentarier in ihren Parteien allerdings immer noch schwächer verankert als ihre westdeutschen Kollegen: sie verstehen sich weniger stark als Vertreter der Ziele ihrer Parteien (2.5 vs. 2.9) und sehen auch in geringerem Grad ihre Aufgabe darin, ihren Parteien eine starke politische Stellung zu sichern (2.0 vs. 2.4). Von einer Distanzierung von der eigenen Partei kann dabei zwar nicht die Rede sein. Aber es drückt sich in solchen Widersprüchen aus, daß unter dem Druck der zu bearbeitenden politischen Probleme der Bezug zur eigenen Partei konfliktreicher wurde. Vor allem gewannen die mittleren Parteigliederungen - zumindest bei den größeren Parteien - seit der Wende viel mehr Eigengewicht und brachten dabei die beträchtliche Heterogenität der ostdeutschen Parteien stärker zum Ausdruck. Parteien, die zunächst ganz wesentlich von ihren Fraktionen abhängig waren, wurden so zu politischen Akteuren, die auch *eigenen* Manövrierspielraum beanspruchen und dergestalt den Abgeordneten die innerparteiliche Durchsetzung politischer Positionen schwieriger machen.

Genau vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Abgeordneten nun stärker als früher der Aussage zustimmen, die Partei enge die eigene Entscheidungsfreiheit ein (3.7 vs. 3.4), während weniger als früher betont wird, die Partei wirke bei Konflikten zwischen Wahlkreisinteressen und wahlkreisübergreifenden Interessen (3.1 vs. 3.4) entlastend. In beiden Befunden spiegelt sich, daß die ostdeutschen Parteien nun tatsächlich funktionstüchtiger sind und eigene Beharrungskraft gegenüber sowohl fraktionsinternen Entscheidungsprozessen als auch 'sachpolitischer' Interessenwahrung im Wahlkreis entwickelt haben.

5. Veränderungen im Verhältnis zu Interessengruppen

Große Veränderungen gab es im Verhältnis zu den Interessengruppen. 1991/92 standen die ostdeutschen Parlamentarier Interessengruppen viel positiver gegenüber, als dies unter den Westparlamentariern der Fall war. Nun ist dieses Verhältnis kritischer und distanzierter geworden, während zugleich über ein größeres Aktivitäts- und Einflußniveau der Interessengruppen berichtet wird. Arbeitgeberverbände treten mittlerweile intensiver von sich aus an Abgeordnete heran (3.6 vs. 2.1); in der Wahlkreiskommunikation tragen Verbände häufiger als früher ihre Informationen und Anliegen den Abgeordneten vor (2.5 vs. 2.1); es wird ein größerer Einfluß von Verbänden im allgemeinen auf Parlamente diagnostiziert (3.3 vs. 2.8), und es kommt häufiger zu Konflikten zwischen Abgeordneten und Interessenverbänden (2.9 vs. 2.6). Hier zeigt sich, daß die mittlerweile funktionstüchtig gemachten Strukturen gesellschaftlicher Interessenvermittlung ihre Wirksamkeit zu entfalten begonnen haben, nun spürbaren Einfluß ausüben und gewissermaßen 'unbequemer' wurden.

Das blieb nicht ohne Folgen für die Haltung der Abgeordneten zu ihnen. Obwohl die Verbände immer noch als unverzichtbare Bestandteile von De-

mokratie gelten, ist die Zustimmung zu dieser Aussage klar gesunken (1.8 vs. 2.2). Das gilt vor allem für die ostdeutschen Landtagsabgeordneten, die erst allmählich in den Einflußbereich schlagkräftiger Verbände gerieten (1.7 vs. 2.2), während sich bei den Bundestagsabgeordneten keine Veränderung ihres Mittelwertes von 2.1 ergab. Auch die Zustimmung zur Aussage sank, Verbandseinfluß auf Parlamente und Parlamentarier sei legitim (2.0 vs. 2.2). Ins Bild paßt ebenso, daß nun stärker als früher gemeint wird, der Einfluß von Verbänden sei zurückzudrängen (3.9 vs. 3.6). Trotzdem bleibt das Verhältnis ostdeutscher Parlamentarier zu Interessengruppen aufgeschlossener, als es in Westdeutschland ist.

Im Grunde ist hier derselbe Vorgang wie beim Bück auf die Entwicklung des Verhältnisses zur eigenen Partei zu diagnostizieren. Denn die ostdeutschen Interessengruppen haben sich mittlerweile vielfach zu eigenständig und kraftvoll handlungsfähigen Rollenpartnern entwickelt, die nicht nur Informationen liefern, sondern beharrlich ihren Interessen Nachdruck zu verleihen versuchen. Dann freilich kann ihnen gegenüber nicht einfach eine Attitüde naiver Responsivitätsbereitschaft aufrechterhalten werden. Ohnehin machen sie die Arbeit der Abgeordneten nun komplizierter, was zwar nichts an der grundsätzlichen, systemadäquaten Aufgeschlossenheit der Parlamentarier gegenüber den Interessengruppen ändert, doch überschwengliche Responsivitätsbereitschaft auf ein Normalmaß zurückgeführt hat.

6. Veränderungen in der gesellschaftlichen Vernetzung

Besonders auffällig sind Veränderungen im Bereich der Vernetzung zwischen Abgeordneten und Gesellschaft. Hier ist das gesamte Netzwerk dichter geworden. Die Abgeordneten haben dafür gar nicht wenig an Arbeitskraft investiert, was sein Echo in stärkeren Klagen über zu viele Repräsentationspflichten findet (3.4 vs. 3.0) und in der größeren Zustimmung zur Aussage, man habe wegen der Wahlkreisarbeit zu wenig Zeit für die Parlamentsarbeit (4.0 vs. 3.7).

Eindrucksvoll sind zunächst einmal die Daten über die Zunahme der tatsächlichen Vernetzungen, die einen geradezu sprunghaften Anstieg anzeigen.[25] Die Anzahl übernommener gesellschaftlicher Funktionen - jenseits von Aufgaben in Parlament und Partei - hat unter den ostdeutschen Abgeordneten im Lauf der ersten Wahlperiode klar zugenommen. Unterentwickelt ist, im Vergleich zu Westdeutschland, eigentlich nur noch die persönliche Verankerung im Bereich, einesteils von kommunalpolitischen Funktionen und andernteils von gesellschaftlichen Funktionen im engeren Sinn, also einer Tätigkeit im Bildungs- und Kulturbereich, karitativen Bereich oder kirchlichen Bereich. Die geringere Anzahl von ostdeutschen Parlamentariern mit kommunalpolitischen Funktionen geht zweifellos zurück auf die atypischen Rekrutierungsmuster der dortigen

[25] **Siehe hierzu die detaillierte Untersuchung und die umfangreichen Tabellen in Patzelt, Gesellschaftliche Vernetzung, a.a.O., S. 98-120.**

Befragten, während die geringere Anzahl an gesellschaftlichen Funktionen im engeren Sinn auf dem geringeren Entwicklungsgrad der auf gesellschaftliche Selbstorganisation angewiesenen kulturellen, karitativen und kirchlichen Netzwerke der neuen Bundesländer beruhen wird. Dort über Positionen verankert zu sein, prägte außerdem nicht die Karriere der ostdeutschen Abgeordneten, und um den vorpolitischen Raum sich anzunehmen, fand bisher seine Grenzen in der Präponderanz der Parlamentsarbeit.

Auch die gesellschaftliche Vernetzung über persönliche Verbands- und Vereinsmitgliedschaften nahm in der ersten Wahlperiode deutlich zu. Dabei zeichnet sich ein besonders starker Anstieg der vorgenommenen Vernetzungen ostdeutscher Parlamentarier bei den Interessengruppen im sozialen und gemeinnützigen Bereich sowie bei den Freizeitvereinigungen ab. Dies deutet nicht nur darauf hin, daß die Abgeordneten deren politische Wichtigkeit besser erkannt haben und solcher Einsicht Taten folgen lassen. Sondern ebenso drückt sich hier die unübersehbare Wiederbelebung der ihre sozialen Angelegenheiten und ihr Freizeitleben wieder in die eigene Hand nehmenden *civil society* Ostdeutschlands aus. Keineswegs allein von den Abgeordneten gingen dergestalt wichtige Impulse zum Aufbau der strukturellen Voraussetzungen repräsentativer Demokratie aus. Allerdings blieb die Zunahme von Verbands- und Vereinsmitgliedschaften deutlich hinter der Zunahme bei den übernommenen Partei- und gesellschaftlichen Funktionen zurück. Das weist auf den 'Kür-Charakter' der Vernetzung mit Verbänden und Vereinen hin. Besserer Verankerung innerhalb der eigenen Partei sowie Übernahme von sonstigen ehrenamtlichen Funktionen eignet hingegen 'Pflicht-Charakter': dies alles ist unverzichtbar, will man sein Mandat erfolgreich ausüben.

Alle dokumentierten Entwicklungen verbesserten die Kontaktmöglichkeiten zwischen Abgeordneten und Bürgern erheblich. Wohl darum fühlen sich die ostdeutschen Parlamentarier nun besser persönlich erreichbar (2.2 vs. 1.8). In der Tat tritt man nun auch viel intensiver als früher von sich aus an sie heran: das tun 'einfache' Parteimitglieder (2.4 vs. 2.1), die Bürger im Wahlkreis allgemein (2.7 vs. 2.1), Vereine (3.1 vs. 2.7), Bürgerinitiativen (3.4 vs. 2.8) sowie Unternehmen und Betriebe im Wahlkreis (3.4 vs. 2.6). Nicht nur das entstandene System von 'Großorganisationen' der Interessenvermittlung schließt das neu errichtete politische System jetzt enger an die ostdeutsche Gesellschaft an. Sondern auch ihr vorpolitischer Raum hat sich inzwischen besser organisiert, und in ihm wird mittlerweile viel stärker die Initiative ergriffen, um an Parlamentarier heranzutreten und auf sie Einfluß zu nehmen.

7. Kommunikationsinhalte und ihre Folgen

Wichtig für die gesellschaftliche Verankerung eines Parlaments ist nicht allein das Wachstum seiner Kommunikationsstrukturen und seiner Wurzeln in der Gesellschaft. Es kommt schon auch auf die Inhalte an, die in diesem Netzwerk

kommuniziert werden. Hier zeigt sich, daß sich aktiver als früher Verbände mit Informationen und Wünschen artikulieren (2.5 vs. 2.1). Dergestalt wird in der Tat 'mehr Druck erzeugt' und das neu entstandene System responsiv gehalten. Außerdem gelangen Themen der Landes- und Bundespolitik öfter als früher in die Kommunikation zwischen Abgeordneten und Bürgern (3.3 vs. 2.8). Wohl im Zusammenhang damit ist auch die Kritik an der Partei (3.6. vs. 3.3) und Person des Abgeordneten (4.1 vs. 3.9) zum häufigeren Kommunikationsinhalt geworden. Das stellt in gewisser Weise eine Normalisierung dar, ist es doch natürlich, daß politische Akteure in einer freiheitlichen Gesellschaft Kritik auf sich ziehen.

Eine wichtige Folge der zweifellos verbesserten Kommunikationsstrukturen und vermehrten Kommunikationsinhalte zwischen Gesellschaft und Parlament ist das nunmehr auch größere Wissen der Abgeordneten über das, was man von ihnen wünscht. Tatsächlich schreiben sie sich nun einen besseren Informationsstand zu sowohl über die politischen Ansichten und Meinungen ihrer wichtigsten Rollenpartner (2.4 vs. 2.2) als auch der Bevölkerung ihrer Wahlkreise ganz allgemein (2.5 vs. 2.3). Nicht fremder sind die Abgeordneten den Bürgern also im Zug wachsender Professionalisierung geworden, sondern sie sind ihnen in jeder Hinsicht *nähergekommen.*

Stärker als früher sind die Parlamentarier Ostdeutschlands nun auch der Ansicht, die Bürger wollten ihren Abgeordneten vor allem vertrauen können, was für sie wichtiger sei, als deren Positionen im einzelnen zu kennen (2.5 vs. 2.1). Zu diesem Eindruck paßt, daß die ostdeutschen Abgeordneten nun weniger als früher glauben, für die Wahlentscheidung des Bürgers seien Sachfragen wichtig (2.7 vs. 3.0). Hierin mag sich eine Abkehr vom früheren 'sachpolitischen' PoUtikverständnis ausdrücken. Dann hätten die Abgeordneten gelernt, daß die Bürger in der Regel von Sachfragen wenig verstehen, sondern sich ganz wesentlich anhand *allgemeiner* Kompetenzvermutungen und Vertrauensvorschüsse entscheiden. Ein solches realistischeres Bild von den Bürgern ließe sich auf die Formel bringen: 'Die Revolution entläßt ihre Utopisten'.

8. Das Muster der Wandlungsprozesse

Vieles hat sich also in den ersten Jahren des neubegründeten ostdeutschen Parlamentarismus verändert. Die Parlamentsarbeit ist effizienter geworden: mit weniger Zeitaufwand, etwa für Fraktionssitzungen und Lektüreaufgaben, wird eine noch größere legislatorische Arbeitslast bewältigt. Hier sind Professionalisierungseffekte unverkennbar. Dasselbe gilt für die Wahlkreisarbeit. Sie wurde ausgebaut, wo es unverzichtbar war. Das betrifft vor allem die nun viel engere Vernetzung der Parlamentarier mit der Gesellschaft in ihren Wahlkreisen. Sie haben viele gesellschaftliche Funktionen übernommen, sind zusätzliche Mitgliedschaften in mannigfachen Vereinigungen eingegangen und haben es erreicht daß Bürger und Organisationen aller Art nun intensiver an sie

herantreten als früher. Das verbesserte das Wissen der Abgeordneten um die Ansichten und Wünsche derer, die es zu repräsentieren gilt.

Auch in ihren Parteien haben die Parlamentarier durch die Übernahme von Führungsfunktionen sich nun stärker verankert. Das führte aber nicht zur Schwächung von Parteien als eigenständigen politischen Akteuren. Ganz im Gegenteil müssen sie von den Abgeordneten nun stärker in Rechnung gestellt werden als zuvor. Parteifunktionen der Abgeordneten wirken hier nicht wie ein Dämpfer der innerparteilichen Diskussion, sondern als Kupplung zwischen ihr und der innerparlamentarischen Willensbildung.

So wie das Verhältnis zwischen den Abgeordneten und ihren Parteien zugleich enger als auch komplexer und schwieriger wurde, verhält es sich auch mit den Beziehungen zwischen Parlamentariern und Interessengruppen. Auch diese entwickelten sich zu viel aktiveren Akteuren, die stärker als früher auf Abgeordnete einwirken und von diesen darum kritischer und distanzierter, doch grundsätzlich wohlwollend betrachtet werden.

Alles in allem lastet nun *mehr* gesellschaftlicher, präzise Wirkungen anstrebender Druck auf den ostdeutschen Parlamentariern. Dies ist die systemadäquate Folge des Aufbaus handlungsfähiger intermediärer Strukturen zwischen Gesellschaft und politischem System als einer besseren gesellschaftlichen Verankerung der neu errichteten Parlamente. Vermutlich weil aus diesem Grund Responsivität ihnen nun viel stärker *abgefordert* wird, erachten sie die Abgeordneten nicht mehr im selben Umfang wie früher als ihre Bringschuld.

Im übrigen haben sie ein realistischeres Bild einerseits von den Anforderungen an den Abgeordnetenberuf entwickelt. Die Fähigkeit, als Generalist unterschiedliche Positionen bündeln zu können, gilt ihnen nun mehr als früher, desgleichen parteipolitische Erfahrung. Andererseits wurde das Bild vom Bürger, seiner normalen politischen Rolle und seiner Einschätzung der Abgeordneten wirklichkeitsnäher. Mehr erlebte Kritik ließ femer die Vermutungen über das eigene Ansehen bei der Bevölkerung weniger zufriedenstellend werden. Doch Konsequenzen hieraus in Gestalt besserer persönlicher Öffentlichkeitsarbeit wurden nicht gezogen. Hier findet sich der Bereich mit der am wenigsten befriedigenden Entwicklung im Lauf der ersten Wahlperiode.

Letztlich alle Wandlungstendenzen bezeugen eine Angleichung an westdeutsche Muster und eine Um- bzw. Neuprägung von Einstellungen und Strukturen durch die Funktionslogik des neu errichteten parlamentarischen Regierungssystems. Nicht ein neuer Typ von Abgeordneten entstand, sondern ganz abweichend von westlichen Politikmustem sozialisierte und rekrutierte Parlamentarier entwickelten sich, trotz oft widriger Umstände, auf die aus Westdeutschland wohlbekannte Abgeordnetenrolle hin. Gerade diese *Assimilierungsprozesse* verlangen nun aber den Bück auf das, was sich *nicht* veränderte, was überdauerte und bis heute ost- und westdeutsche Parlamentarier signifikant unterscheidet.

III. Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Abgeordneten 1994: eine Skizze

Im Grunde sieht das *Muster* von Ost/West-Unterschieden 1994 weiterhin aus wie 1991/92.[26] Immer noch sind die Abgeordneten der neuen Bundesländer weniger bereit, sich der Führungsaufgabe eines Politikers zu stellen,[27] sondern betonen stärker ihre Responsivität hinsichtlich von Bevölkerungswünschen. Ihre Bindegliedfunktion ist normativ wie praktisch weniger entwickelt. Noch liegt der Arbeitsschwerpunkt auf der Parlamentsarbeit in deren Windschatten sich die Wahlkreisarbeit entfaltet. Und trotz einer deutlichen Verdichtung des 'Wurzelwerks der Parlamente' seit 1991/92 sind dessen Strukturen in den neuen Bundesländern bislang noch viel lichter als in den alten. Ostdeutschlands Abgeordnete üben immer noch weniger gesellschaftliche Funktionen und kommunale Mandate aus; Parteien an ihrer Basis, Verbände[28] und vorpolitischer Raum sind in den neuen Bundesländern noch schlechter entwickelt und hinsichtlich der Wahlkreiskommunikation für die Abgeordneten weniger leistungsfähig;[29] und für dies alles nehmen sich Ostparlamentarier auch weniger Zeit als ihre Westkollegen. Bei der Parlamentsarbeit wirkt bis heute die Überschätzung des Plenums nach, und der Deutungshorizont parlamentarischen Geschehens kennzeichnet sich immer noch durch ein geringeres Verständnis für die Konkurrenz zwischen Regierungslager und Opposition bzw. für das Erfordernis von Fraktionssolidarität. Ansonsten ist das größte Defizit des ostdeutschen Parlamentarismus bis heute die unzulängliche Öffentlichkeitsarbeit seiner Vertreter. Das mag sich bald als seine Achillesferse herausstellen. Und gewinnen Führungsaufgabe und Bindegliedfunktion nicht bald größeres Gewicht, werden auch hieraus Probleme erwachsen.

Vor dem Hintergrund einer raschen *grundsätzlichen* Angleichung des ostdeutschen an den westdeutschen Parlamentarismus sind zentrale Unterschiede zwischen Ost- und Westabgeordneten also bestehen geblieben. Sie zeugen davon, daß Wandlungsprozesse sich in verschiedenen Rhythmen und Tempi vollziehen: Mentales und Strukturelles ändert sich viel langsamer, als sich orga-

---

[26] Eine detaillierte Analyse findet sich in Patzelt (unter Mitarbeit von Schirmer), Repräsentanten und Repräsentation, a.a.O., S. 93-103.

[27] Dies gilt sogar im Bereich des Oppositionsverständnisses: ostdeutsche Abgeordnete wünschen zwar einen größeren parlamentarischen Einfluß der Opposition, doch eben nicht im Hinblick auf Sach- oder Personalalternativen. Ihnen geht es offenbar vor allem darum, in einem weitgespannten Konsens fallweise Mitverantwortung zu erwirken. Das freilich entlastet von der Aufgabe, sich alternativer Führungsansprüche willen zu exponieren.

[28] Geblieben ist bis heute das insgesamt positivere und offenere Verhältnis ostdeutscher Abgeordneter zu Interessengruppen und Verbänden.

[29] So gut wie alle abgefragten potentiellen Informationsquellen über die Lage im Wahlkreis erwiesen sich bei den ostdeutschen Abgeordneten als wenger wichtig denn im Fall der Westparlamentarier.

nisatorische Verfahrens- und rationale Verhaltensweisen umformen. Die so anderen Sozialisations- und Rekrutierungsbedingungen der ostdeutschen Abgeordneten sind aber nun einmal - ebenso wie die ganz besonderen Rahmenbedingungen des ostdeutschen Parlamentarismus - Sachverhalte, die sich gar nicht oder nur langfristig ändern lassen. Politisches Institutionendesign kann sie nur mittelbar beeinflussen. Doch immerhin gelingt dies, wenn auch nicht mit raschem Erfolg. Darum gibt es *Ost/West-Unterschiede* vor allem dort, wo Koprozesse der Systemevolution nötig sind: bei der gesellschaftlichen Verankerung des neuen Systems und bei der mentalen Prägung der Parlamentarier. *Ähnlichkeit* entstand hingegen, wo die Funktionslogik parlamentarischer Strukturen wirken konnte, ohne der Stützung durch andere gesellschaftliche Institutionen zu bedürfen. Dies war vor allem im engeren Bereich der Parlamentsarbeit der Fall. Dabei entwickelte sich keine 'neue Art' von Parlamentarismus, sondern nur eine von *veränderlichen* Rahmenbedingungen verursachte *Modifikation* des ansonsten *gleichen* Modells.

Auch bildete sich kein 'neuer Abgeordnetentyp' heraus. Vielmehr führten die von den freien Wahlen des Jahres 1990 ins Werk gesetzten Selektionsmechanismen vor allem solche Personen an Schlüsselstellen, die gemäß der rasch erkannten Funktionsweise des neuen Systems agieren und dessen Erfolg ebenso wie den eigenen in ihm wollten. Trotz ganz andersartiger Sozialisation erwies sich solchermaßen die neue Funktionselite als die am raschesten in den neuen Handlungszusammenhängen leistungsfähige Gruppe politischer Akteure. Vor allem *ihr* Wirken zeitigte dann weitere, beschleunigende Veränderungen. Nicht 'hinter dem Rücken der Akteure' wirkte also die Funktionslogik des neuen Systems, sondern *mittels* seiner Protagonisten. Mit Abstrichen und Modifikationen, doch in allen Grundzügen entstand so auch in Ostdeutschland die aus Westdeutschland bekannte Politikerrolle. Sie entstand aber nicht einfach als Kopie, sondern als Ergebnis des Wirkens verpflanzter Institutionen.